

Krieg in der Ukraine: Rechtfertigung Putins darf nicht unwidersprochen bleiben

Den gestrigen Angriff Russlands auf die Ukraine hat der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Maik Reichel, als gewalttätigen Akt gegen einen souveränen europäischen Staat verurteilt und verstärkte Anstrengungen gegen Fake News und geschichtliche Verdrehungen sowie den Einsatz für ein notwendiges Demokratieverständnis und Rechtsstaatsprinzip angemahnt. Hier ist seine Erklärung im Wortlaut:

Es ist Krieg in der Ukraine. Es ist Krieg in Europa.

Am 24. Februar hat Russland unter eklatantem Bruch des Völkerrechts einen souveränen Staat, die Ukraine, angegriffen. Für uns, die wir in einem friedlichen Europa aufgewachsen sind, schien es bis zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar, dass ein solch gewalttätiger Akt gegen ein europäisches Land möglich ist. Trotz aller diplomatischen Versuche vieler Staaten ist Russland auf die Gesprächs- und Verhandlungsangebote nicht eingegangen. Stattdessen hat der russische Präsident Wladimir Putin versucht, den militärischen Angriff auf einen unabhängigen Staat aus politischem Machtkalkül mittels geschichtlicher Beschreibung zu erklären. Unter Behauptung falscher Tatsachen eines „Genozids“ russischer Bürgerinnen und Bürger durch die ukrainische Staatsführung oder militärischer Kriegsvorbereitungen (auch atomarer Art) der Ukraine gegen Russland soll eine Rechtfertigung für den Angriff der russischen Armee geliefert werden. Diese Mischung aus verdrehten historischen Fakten, dem Streuen von falschen Informationen und unverhohlenen Drohungen darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Verantwortung für diesen Angriffskrieg tragen Präsident Putin und die russische Seite.

Umso mehr fühlen wir uns in der politischen Bildung aufgerufen, über ein notwendiges Demokratieverständnis, die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben aller Staaten und die universale Bedeutung der Menschenrechte zu informieren. Fake News und falsche historische Behauptungen wollen wir entgegenwirken und das Rechtsstaatsprinzip in Europa stärken.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung

Tel.: 0391 / 567-6450, mob.: 01517/ 270 33 87

E-Mail: maik.reichel@sachsen-anhalt.de



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Magdeburg, 25.02.2022

PRESEMITTEILUNG

Weitere Informationen:

Maik Reichel
Direktor der
Landeszentrale für
politische Bildung
Leiterstraße 2
39104 Magdeburg
Tel.: +49 (0)391 567-6450
Fax: +49 (0)391 567-6464
E-Mail:
maik.reichel@sachsen-anhalt.de